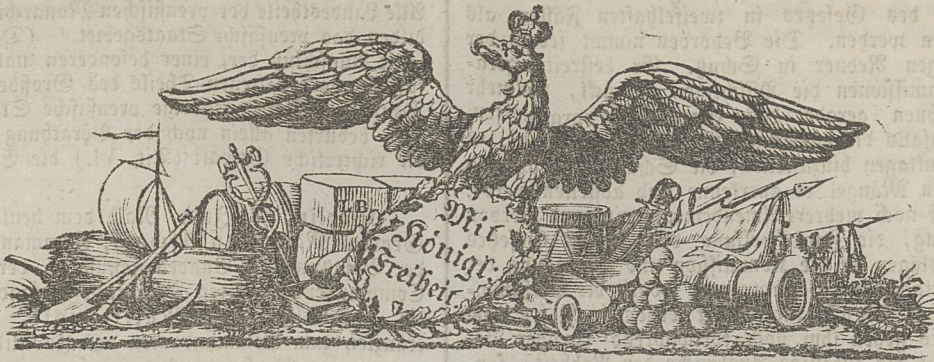


Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Nachmittags 2 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Alle
resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf.

Expedition:
Krautmarkt N 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. G. Effenbart.

No. 136. Montag, den 24. Juli 1848.

Berlin, vom 22. Juli.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: dem Kanzlei-Rath Friedrich in Berlin, dem Pfarrer Barsch zu Schönwalde, Kreis Frankenstein, und dem Steuer-Einnehmer Rhein zu Neuzelle den Rothem Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Plantagenwärter Bieng zu Großbruch, im Regierungsbezirk Königsberg, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. Den Oberlandes-Gerichts-Rath Reuter zu Insterburg zum Direktor des Land- u. Stadtgerichts zu Tilsit; und an die Stelle des bisherigen preussischen Konsuls J. E. Lang in Philadelphia, welcher auf sein Gesuch entlassen worden, den Kaufmann G. H. Mecke zum Konsul daselbst zu ernennen.

Se. Majestät der König haben gestern im Schlosse Sanssouci dem bisherigen Großherzoglich hessischen außerordentlichen Gefandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchsthren Hoflager, dem General-Major Freiherrn von Schäffer-Bernstein, eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen das ihm zugegangene Abberufungs-Schreiben Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein entgegenzunehmen geruht.

Deutschland.

* Stettin, 21. Juli. Das Ministerium der That, wie es sich selbst nannte, geht wirklich zu Thaten über. Von verschiedenen Seiten her wird uns berichtet, wie die Behörden wieder in Thätigkeit treten und wie man anfängt, die Geseze ernstlich zu handhaben. Möge das Ministerium auf dem betretenen Wege muthig fortzuschreiten, bald wird es fühlen, wie das preussische Volk bereit ist, dem Ministerium in solcher Bemühung nicht allein Dank abzustatten, sondern dasselbe auch auf das Kräftigste zu unterstützen. Die Bewohner Preussens, ja wir können sagen von ganz Deutschland, sind der Wählerereien der unedelmüthigen Demokraten längst überdrüssig. Wir wissen, daß diese Freiheitshelden mit ihren Verdächtigungen, ihrem planmäßigen Untergraben alles Vertrauens uns alles Mögliche, nur nicht die Freiheit bringen. Die Zeit des Schreckens, welche eine Zeit lang, wenn auch nicht in Pommern und Stettin, doch offenbar an vielen Orten, und namentlich in Berlin, die edleren Kräfte der Nation in Banden schlug, diese unglückselige Zeit ist vorbei, vorbei auch in Berlin; und auch dafür sind wir zum großen Theil dem jetzigen Ministerium Dank schuldig und wollen ihm denselben gern. Es liegt uns aber auch die Pflicht auf, dem edleren Theile der Bewohner Berlins unsere Anerkennung nicht länger vorzuenthalten. Gerade für uns ist dies eine Pflicht, da wir die Gabe der Pressefreiheit gegen Berlin benutzt und oft mit dem herbsten Tadel Magistrat und Bürgerhaft der Hauptstadt schonungslos und mit tiefer Entrüstung gegeißelt haben; und wir werden es auch ferner thun, wenn das Schlechte und Verderbliche dort noch einmal die Uebermacht gewinnen sollte, was wir indessen kaum noch befürchten. Schon haben sich die Berliner Demokraten in ihren Verdächtigungen und ihrem Schimpfen auf die Behörden erschöpft und ihr Schreien über Reaktion und Ruffen wird bereits ihren eigenen Anhängern lächerlich. Dagegen erheben sich in Berlin die Anhänger der wahren konstitutionellen Monarchie mit frischer Kraft, schaaren sich in festen Vereinen zusammen und machen entschlossen Front nach beiden Seiten, sowohl gegen jede mögliche Reaktion als gegen die Anarchie der Demokraten. Und während diese ihre Kräfte immer mehr zerplittern, reichen sich die konstitutionellen freundlich die Hand, schließen sich immer fester aneinander, weil sie sich der Uebereinstimmung ihrer Grundsätze mit jedem Tage mehr bewußt werden. Bald wird ihre Verbindung von Memel bis Nachen reichen, denn überall regt sich kräftig derselbe Geist. Als kräftiger und gesunder Mittelpunkt tritt immer bedeutender der patriotische Verein in Berlin hervor. Dank den edlen Männern, welche neben ihren vielen Berufsgeschäften noch Zeit und Kraft zu finden wissen, um an den Wiederaufbau des tief erschütterten Vaterlandes muthig Hand anzulegen. Sie werden auch ferner kein Opfer scheuen, um uns die Freiheit wahren und retten zu helfen, welche ernstlich bedroht ist, wenn den Fluthen der Anarchie nicht ein kräftiger Damm entgegengestellt wird. Einen andern Damm aber als die freie offene Mannesbrust giebt es nicht; an dem Schild des guten Gewissens, an dem Bewußtsein, daß man zur Erreichung des guten Zweckes nur gute und ehrliche Mittel anwendet, müssen und werden alle giftigen Pfeile des Parteihasses und der Verläumdung machtlos abprallen. An dem Glauben werden wir festhalten, so lange in Deutschland noch Deutsche wohnen und so lange deutsche Treue und preussische Ehre nicht zu leerem Schellengeklapper geworden sind, und bis dahin sollen es, so Gott will, die unedelmüthigen Demokraten und französischen Radikalen noch lange nicht bringen. Wir haben es erfahren und sprechen es mit Freuden aus, auch Berlin ist noch reich an deutschen Männern und preussischen Seelen. Und auch

die Berliner Stadtbehörden haben sich ermannt; sie fühlen sich und ihre ernste Aufgabe wieder. Nach so hartem Tadel, wie wir über sie ausgesprochen mußten, thut es dem Herzen wahrhaft wohl, auch wieder einmal ein Wort der Anerkennung aussprechen zu können. Kräftige Beschlüsse haben die Stadtverordneten gefaßt, mögen sie mit Besonnenheit so fortfahren. Vor allen Dingen wünschen wir aber auch dem Berliner Magistrat die Kraft, solche Beschlüsse, trotz aller Bemühungen der Gegner, trotz der persönlichen Gefahr der einzelnen Mitglieder des Kollegiums, ohne Zögern aus- und durchzuführen. Dann wollen wir gern wieder mit Vertrauen und Stolz auf unsere preussische Hauptstadt blicken und sie freudig unterstützen, wenn es einst ihre Aufgabe wird, Preussens Ehre und Ruhm gegen jeden Angriff aufrecht zu erhalten, denn daß sich die ganze Wuth der süddeutschen Republikaner und Demokraten gegen Preußen gewandt hat, ist, denken wir, Jedermann bekannt, trotz der Erschütterung unserer Krone, trotz der Schwächung der Regierung und der frechen Mißachtung und schamlosen Uebertretung der Geseze, trotz Alle dem ist Preußen doch noch der mächtigste und kräftigste Staat in Deutschland, der sicherste Hort der konstitutionellen Freiheit, und daher den Haß und die Wuth der Republikaner gegen Preußen.

Berlin. In der Sitzung vom 21. Juli legte das Ministerium einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen vor. Der Finanzminister bezeichnet denselben, in Verbindung mit demjenigen wegen Aufhebung von Exemptionen von der Klassensteuer, als Einleitung zu größeren durchgreifenden Finanzmaßregeln. Es komme der Regierung vor Allem auf Durchführung des Grundgesetzes an, daß Alle gleichmäßig verpflichtet sind zu steuern. Durch die hierin bisher noch gemachten Unterschiede sei zwischen einzelne Klassen der Staatsbürger Entfremdung und vielleicht noch mehr veranlaßt worden. Sei auch eine völlig gleichmäßige Besteuerung des Grundes und Bodens nicht schon jetzt möglich, so sollen doch wenigstens für neben einander liegende Kreise ähnliche Normen aufgesucht und Kommissionen zu diesem Zwecke ernannt werden. — von Kirchmann zeigt durch ein Schreiben an, daß er an das Justizministerium ein Gesuch um Zurücknahme seiner Ernennung zum Vicepräsidenten des Oberlandesgerichtes zu Ratibor gerichtet habe, weil er in dieser unfreiwilligen Verlesung nicht eine Beförderung, sondern einen indirekten Tadel erblicke. Der Justizminister erkannte jedoch diesen Grund nicht an und bestand auf der Annahme. von Kirchmann erklärt nun, daß trotz aller für ihn damit verbundenen Nachtheile ihm nichts übrig bleibe, als sich zu fügen, und er in Folge dieser Beförderung seine Stelle als Abgeordneter nach dem neulich gegebenen Geseze niederlege. — Es folgte die Kommissionsbericht über den Antrag des Abg. Hanow, betreffend die Einstellung der schwebenden Verhandlungen über Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und Dienstablösungen. Die Kommission hat in dem Bewußtsein, daß eine durchgreifende Reform der ganzen Agrargesetzgebung unerlässlich sei und in Kurzem erfolgen müsse, den Antrag als zweckmäßig anerkannt. Es erscheine ungerecht, noch weiter nach gesetzlichen Bestimmungen zu verfahren, deren nahe Aufhebung gewiß sei, und es müsse den Interessenten ein gesetzliches Mittel dargeboten werden, ohne Nachtheil die Reform erwarten zu können. Die Kommission schlägt folgenden Gesetzentwurf vor: Es werden sistirt: 1) Auf den Antrag auch nur eines Interessenten: alle Verhandlungen über die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, und über die Ablösung der Dienste, Natural- und Geldabgaben, in denen der Rezeß noch nicht beständig ist. 2) Von Amtswegen: a) die bei den zu 1. gedachten Verhandlungen entstandenen und noch nicht rechtskräftig entschiedenen Prozesse; b) die bei den ordentlichen Gerichten anhängigen Prozesse über die Verpflichtung zur Entrichtung von Besitzveränderungs-Abgaben, in so weit sie nicht rückständige Fälle betreffen, und über die Ermission laßlicher Wirthe; c) die Gemeinheitstheilungssachen, insofern Streit aus der Anwendung der §§. 86, 94 und 114 der Gemeinheitstheilungsordnung vom 7ten Juni 1821 obwaltet, und die darüber schwebenden Prozesse. Zuerst sprach Diersche für den Antrag und gegen das bisherige Verfahren bei Ablösungen. Die Grundsätze seien nicht klar genug aufgestellt gewesen, und so von den Generalkommissionen Vieles zum Nachtheile der Musikalbesitzer gebendet worden. Der Abgeordnete führt mehrere Fälle an, wo namentlich die Kompensation der herrschaftlichen Leistungen gegen die Dienste in höchst ungerechter Weise erfolgt sei. Die Dekonomie-Kommissarien üben bei allen diesen Verhandlungen eine fast diktatorische Gewalt aus; sie sind zugleich Insruenten, Sachverständige und Richter; sie stellen den Thatbestand fest, geben ihr Gutachten ab, und dies entscheidet in den meisten Fällen die Sache bei der General-Kommission. Als Gäste der Gutsbesitzer treten sie mit diesen in Verhältnisse, welche die Unparteilichkeit sehr beeinträchtigen. Es bedarf vor Allem der Sistirung und dann einer radikalen Reform. (Bravo.) — Der Abg. Moriz stellt ein Amendement, nach welchem auch die Prozesse aus Mühlenabgaben sistirt

werden sollen. Die Mühlenbesitzer, sagt er, sind in großem Nachtheil gegen alle übrigen Gewerbetreibenden. Durch Aufhebung der alten Zwangs- und Bannrechte haben sie ihre früheren Privilegien verloren, und es wird ihnen jetzt überall Konkurrenz gemacht. Dagegen sind trotz der Aufhebung der andern alten Gewerbeabgaben die übrigen bestehen geblieben, indem dieselben nach der Präsumtion des Gesetzes in zweifelhaften Fällen als Grund-Abgaben angesehen werden. Die Behörden nimmt jedoch der Abgeordnete gegen den vorigen Redner in Schutz. Er bestreite geradezu, daß die General-Kommissionen die Pflichten gedrückt, vielmehr werde in seiner Provinz ihnen gerade das Gegenheil vorgeworfen. Minister Gierke nimmt ebenfalls die bisherigen Behörden in Schutz; es sei leicht, solche allgemeine Anklagen hinzustellen, die Schuld liege aber in den Instruktionen selbst, deren Mängel er anerkenne und abstellen werde. (Bravo.) Es gehen unterdeß noch mehrere Amendements ein, und hiervon nimmt Tamnau Veranlassung, die Zurückweisung des ganzen Gesetzes mit diesen Verbesserungs-vorschlägen an die Kommission und Vertagung der Berathung bis zu neuer Begutachtung zu beantragen, womit die Versammlung einverstanden ist. — Abg. Piegsa interpellirt wegen in Posen vom Militair verübter Excesse. Es gehen ihm noch fortwährend darüber Berichte zu, welche dieselben nicht als zufällige Ausbrüche der Rohheit, sondern zum Theil als förmlich organisiert bezeichnen. Finde das Militair bei strenger Durchsuchung die angegebenen Waffen nicht, so suche man durch Torturen, durch Prügel und Stöße mit den Ladestöcken Geständnisse zu erpressen. Der Ministerpräsident versichert, daß mit aller Strenge darauf gehalten werde, daß den bestehenden Gesetzen überall Geltung werde und jede Ueberschreitung ihre Strafe treffe, von welcher Seite sie auch komme. Was die Waffenablieferung betrifft, schließt der Minister, so bin ich noch ohne nähere Details, im Allgemeinen aber glaube ich nicht, daß es die Geschäfte fördere, wenn in dieser Versammlung erledigende Berichte über alle solche Thatsachen gegeben werden sollen. Abg. Piegsa: Es kommt hier nicht sowohl auf Konstatirung der einzelnen Thatsachen an, sondern darauf, daß man endlich das ganze System ändere. Abg. v. Auerswald erklärt, daß bis jetzt von hundert und aber hundert Anzeigen, welche gegen die Posener Behörden hier eingelaufen, höchstens 10 erwiesen worden. Dies ist eine Thatsache, für welche ich stehe. — Abg. Szumann interpellirt hierauf, ob mit Wissen der Regierung sich im Szubiner Kreise im April eine deutsche Freischaar unter dem Hrn. v. Treskow und dem Grafen v. Lüttichau gebildet habe? Diese beiden Anführer seien mit einem Schein von Autorität aufgetreten, hätten auf offenem Markte Standrecht gehalten, Prügel austheilen und so namentlich den Koch Wiegejorkowski zu Tode schlagen lassen. Der Ministerpräsident erwidert, die Regierung habe niemals Befehl erteilt, die Gesetze zu übertreten. Nach ihren Berichten habe im Szubiner Kreise sich nicht eine Freischaar, wohl aber unter Autorität der Civilbehörde eine Schutz- und Sicherheitswehr gebildet. Die Thatsache eines begangenen Todtschl. ges leugne er entschieden, da nach den Akten der bezeichnete Koch lebe. (Sensation und Heiterkeit.) v. Szumann liest darauf einen Aufruf des „Kreis-Ausschusses zur Wahrung der preussischen Interessen in Szubin“, worin zur Bewaffnung aufgefordert wird. Er debuzirt hieraus, daß es sich allerdings um eine Freischaar gehandelt habe. Der Abgeordnete Gehler hat dies Schriftstück damals mit unterzeichnet. Er nimmt zu seiner Bertheidigung das Wort. Er schäme sich dieses Aufrufs durchaus nicht, da damals die Deutschen zum Schutze ihres Lebens nothwendig die Waffen hätten ergreifen müssen. Eine Freiwehrgesellschaft unter polnischen Edel-leuten habe damals die nahe Stadt Erin überfallen und angesteckt, 40 Menschen ermordet und die Deutschen gelündert. Man mußte sich wohl gegen sie vereinigen, und so schlug man sie wieder hinaus. Ueber das Befinden des Kochs reichte der Abgeordnete das Attest eines Arztes ein, wonach seine baldige volle Genesung von einer Unpäßlichkeit zu erwarten ist. Minister Kühlwetter erklärt sich gegen diese Posener Interpellationen, welche der Versammlung viel Zeit raubten, während die Aufzählung der einzelnen, von beiden Seiten begangenen Excesse zu gar nichts helfe. Für dies Detail sei die eingesetzte Kommission für Posen da. Dort möchten die Deputirten des Großherzogthums ihr Material mittheilen. — Für den abwesenden Kriegsminister berichtet der Oberst Fischer über den in Posen auf einem Marsche durch die Hitze erfolgten Tod von 18 Soldaten. Eine strenge Untersuchung dieses Vorfalles hat ein strafbares Verfahren von Seiten der Befehlshaber nicht ergeben. Kein Truppentheil marschirte an diesem Tage mehr als 4 Meilen, und man ließ sogar die Tornister fast sämmtlich auf Wagen nachfahren — eine äußerst selten gebrauchte Vorsicht. Es brach jedoch der eine Wagen, und die Kompagnie, welche nun die Tornister aufnahm, verlor allerdings verhältnismäßig mehr, als die übrigen. Wiewohl sich aber bisher nirgends eine eigentliche Verschuldung herausgestellt, so will der Kriegsminister strenge Gerechtigkeit, und er hat für diesen Spezialfall eine zweite Kommission aus höheren Offizieren eines andern Armeekorps angeordnet. Der Bericht wird später hier mitgetheilt werden. — Ein Antrag von Schulze aus Delitzsch, daß alle Interpellationen und Anträge, welche die Posener Vorfälle betreffen, von jetzt ab sofort an die Spezial-Kommission von Posen gewiesen werden, wurde nach einer lärmenden Debatte, welche besonders von der äußersten Linken geführt wurde, wieder zurückgenommen. — Auf den Antrag Piepers wird beschlossen, daß eine besondere Kommission für Gewerbe- und Handwerksverhältnisse eingesetzt werde, mit dem Auftrage, unter Zuziehung von Sachverständigen aus dem Handwerkerstande bis zum Erlaß einer definitiven Gewerbeordnung Vorschläge eines provisorischen Gesetzes zu machen. — Der Antrag von Hausmann, den Präsidenten Grabow durch Aclamation wieder zu wählen, wird zurückgenommen und hierauf die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung am Montag wird sich mit der Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten beschäftigen.

Berlin, 21. Juli. Die Verfassungskommission wird zu Anfang der nächsten Woche die Verfassungsurkunde, vollständig redigirt, den Abtheilungen überweisen, um sodann noch das Wahl- und Pressegesetz in Erwägung zu nehmen. Die Kommission hat beschlossen, die Worte „Verfassungsgesetz“ der Regierungsvorlage in „Verfassungs-Urkunde“ zu verwandeln. Unwahr ist es, daß die Kommission den Beisatz „von Gottes Gnaden“ gestrichen und vorgeschlagen habe, daß sich der König fortan „König der Preußen“ nenne; nur die Zeichen „v. c. r.“ neben dem Königl. Titel sind in der Verfassungsurkunde zur Streichung beantragt worden. Der Eingang der Verfassungsurkunde lautet demnach nach dem Vorschlage der Kommission: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir mit den, nach dem Wahlgesetze vom 8. April 1848 gewählten und demnachst von uns einberufenen Vertre-

tern Unseres getreuen Volkes (die im Entwurfe hier folgenden Worte: „für Unsere, zum Deutschen Bunde gehörigen Lande“ fallen aus) die nachfolgende Verfassung vereinbart haben, welche Wir demnach (die hier folgenden Worte des Entwurfs: „zur Kenntniß für Unsere getreue Unterthanen und für Jedermann zur gebührenden Nachachtung“ fallen aus) hierdurch verkünden: §. 1. Alle Landestheile der preussischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preussische Staatsgebiet.“ (Der Entwurf hat hierbei die Worte: „mit Ausschluß der, einer besonderen nationalen Reorganisation und Verfassung vorbehaltenen Theile des Großherzogthums Posen bilden das zum Deutschen Bunde gehörige preussische Staatsgebiet.“) Die Titel VI. und VII. bedürfen allein noch der Berathung der Kommission, und es hat über die richterliche Gewalt (Tit. VI.) die Erörterung schon begonnen. (S. u. Sp. 3.)

Berlin, 22. Juli. Nach dem heutigen „Militair-Bochenbl.“ ist der General-Major von Alschoff, Kommandant von Berlin, zum Inspekteur der Besatzung der Bundes-Festungen, der General-Major von Thünen, Commandeur der 5ten Infanterie-Brigade, zum Kommandanten von Berlin, der Oberst von Maliszewski, Vorstand der Geheimen Kriegs-Kanzlei, zum Kommandanten des Invalidenhauses bei Berlin, der Hauptmann von Rlaf vom 18ten Infanterie-Regiment zum etatsmäßigen Major ernannt, der General-Lieutenant und General-Adjutant von Reumann von der Leitung der Abtheilung im Kriegs-Ministerium für die persönlichen Angelegenheiten entbunden und dagegen der Major von Schöler vom Generalstabe des 8ten Armeekorps unter Versetzung in das Kriegs-Ministerium zum Vorsteher jener Abtheilung ernannt und dem General-Major v. Werder, Commandeur der 12ten Division, die Stelle des ersten Kommandanten von Reisse mit übertragen worden. Ferner ist dem Obersten von Woedtke, Commandeur des 7ten Husaren-Regiments, als General-Major, dem Oberst-Lieutenant von Grodzki, Commandeur des 4ten Kürassier-Regiments, als Oberst, dem Major von Seegenberg vom 2ten Husaren-Regiment als Oberst-Lieutenant, dem Major Fischer vom 18ten Infanterie-Regiment als Oberst-Lieutenant, dem Hauptmann Kadelbach vom 1sten Bataillon 7ten Landwehr-Regiments als Major, mit der Regiments-Uniform mit den vorschriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension, dem Major Schulze vom 10ten Infanterie-Regiment als Oberst-Lieutenant, mit der Uniform des 7ten Infanterie-Regiments mit den vorschriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete, Aussicht auf Civil-Besorgung und Pension der Abschied bewilligt und der General-Major von der Heyde, erster Kommandant von Reisse, als General-Lieutenant mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

Die Verhandlungen mit dem Herrn Professor Rosenkrantz, wegen seines Eintritts in das Ministerium, scheinen sich neuerdings in die Länge zu ziehen. Es sollen einige Punkte der Deutschen Politik in Betracht gekommen sein, über welche Herr Rosenkrantz sich mit den übrigen Ministern nicht zu einigen vermag. Inzwischen soll die Ansicht noch nicht aufgegeben sein, daß doch noch eine Einigung Statt finden werde.

Der General v. Püchel ist gestern von seiner Mission nach St. Petersburg wieder hier eingetroffen. Den öffentlichen Mittheilungen nach hatte dieselbe den Zweck, bei der nordischen Großmacht dahin zu wirken, daß dieselbe ihre neutrale Stellung in Betreff der Deutschen Verhältnisse beibehalte und in der Dänischen Frage sich einer friedlichen Lösung so viel als möglich annehme. Dem Vernehmen nach soll der General die günstigsten Dispositionen in dieser Beziehung bei dem Kaiser getroffen haben, und dürfte daher eine Störung des europäischen Friedens von dieser Seite her nicht zu befürchten sein. — In Petersburg hat das furchtbare Auftreten der Cholera eine große Niedergeschlagenheit erzeugt. Der Kaiser hat die öffentliche Spitäler, wo sich eine große Zahl der Cholerafranken befinden, mehrmals in Person besucht.

Von den am Sonnabend Verurtheilten haben Urban und Siegerist bereits Appellation eingelegt, Korn und Löwingsohn haben noch keinen Beschluß gefaßt, scheinen vielmehr Willens zu sein, von dem Appellationsrecht keinen Gebrauch zu machen. Löwingsohn hat auf seine Entlassung gegen Kaution angefragt.

In Potsdam hat sich ein aus den höheren Ständen hervorgegangener Frauen-Verein zur Erwerbung eines Kriegsschiffes für die Deutsche Flotte gebildet, der in dem Wochenblatt einen Aufruf an Preussens Frauen und Jungfrauen erlassen hat, in welchem es heißt: „Laßt zu dem Versuche uns Alle verbinden, durch Darbringung und Sammeln freiwilliger Gaben an silbernem Geräth und Goldschmuck oder baarem Gelde von den Frauen und Jungfrauen Preussens die Mittel zu gewinnen, um ein Kriegsfahrzeug bauen zu lassen, und zum Schutze unserer Häfen und Küsten und unseres Handels als Preussens Frauengabe dem Vaterlande zu schenken.“ Der Verein knüpft hieran den Wunsch, daß sich in jeder Preussischen Stadt so wie auf dem Lande, einzelne Frauen und Jungfrauen vereinen und mit Zuziehung ehrenwerther Männer sich den Sammlungen unterziehen mögen. Aus 11 Städten ist bereits die Zuziehung bereitwilliger Theilnahme eingegangen. Für die Provinz Brandenburg ist die Erlaubniß zu einer Haus-Collecte erteilt, und der General-Postmeister hat bereitwillig die Portofreiheit für Briefe und Geldsendungen an den Verein gewährt. (M. 3.)

Königsberg, 19. Juli. Aus Memel geht so eben die Nachricht ein, daß einige Offiziere des vor Kurzem von hier dorthin dislocirten 18ten Bataillons des 1sten Infanterie-Regiments bei einem dieser Tage stattgefundenen Manöver durch Schüsse von Soldaten aus den Gliedern der einen Hälfte des Bataillons, das den Feind markirte, verwundet worden sind. Die Schüsse sollen wohl gezielt worden sein, denn es sind nur Offiziere und gerade diejenigen getroffen, die nicht beliebt gewesen sein sollen. Die Ladung hat in Kugeln, bei einigen auch in Steinen bestanden. Die Thäter sollen bis jetzt noch nicht ermittelt sein. (W. 3.)

Heringsdorf, 21. Juli. Zu unserm großen Aerger liegt der Däne noch immer in seiner alten Stellung vor dem Hafen, und erhält sonntäglich Besuch von Kopenhagen von einem Fracht- und einem Kriegsschiffe. Uns wird er mit seinem Besuch hier am Lande wohl verschonen müssen, denn die Strandbewachung wird in alter Weise fortgeführt. Mit Sonnenuntergang nehmen unsere Fischer die geladenen Musketen auf die Schulter und wandern so in ihren Jacken, die kurze Pfeife im Munde, mit munteren Schritten den Strand auf und ab, wobei sie gewöhnlich ein altes Soldaten- oder Fischerlied singen. Um zwei Uhr schon gehen die Fischerkähne zum Fange hinaus und bilden so die vollkommenste Bewachung des Dänen, der den pommerschen Fischern nicht traut und allnächtlich seine Enterneze aufzieht.

Kassel, 18. Juli. Heute wurde von der Regierung den Ständen die Mittheilung gemacht, daß der Staat zur Unterstützung der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn den Bau der gemeinschaftlichen Bahn (und Bahnhofs) von Kassel nach Gundershausen auf eigene Kosten übernehme, wodurch der Nordbahn eine Ersparniß von nahe einer Million Thaler entsteht. Eine Entschädigung ist erst dann in Aussicht genommen, wenn die Nordbahn-Aktien einen angemessenen Ertrag abwerfen. Der Anschluß der Nordbahn an die Thüringer ist nunmehr auch festgestellt; theilweise wird sie schon jetzt, in einem Jahre aber ganz befahren. (Ziff. 3.)

Gießen, 17. Juli. Gestern ist eine zu Gardenteich abgehaltene Volksversammlung Veranlassung zu blutigen Auftritten geworden. Schon als die Großenlindner durch Leihgestern zur Versammlung zogen, haben sich Individuen einzelne Insulte erlaubt: bei der Volksversammlung selbst sollen die Studenten B. (aus Darmstadt und C. aus Sachsen) offen für Republik gesprochen, die kleine Zahl Gießener Republikaner Verstärkung an den Leihgestern und einigen andern Individuen aus einzelnen Orten erhalten haben. Nach einigen Mißhelligkeiten bei der Versammlung ziehen die einzelnen Jüge noch in Frieden ab. Als aber die Großenlindner durch Leihgestern ziehen, da öffnet sich ein Thor, es fällt ein Schuß auf die Hessische Fahne und nun stürzt eine Rote aus Leihgestern auf die Großenlindner zu, um ihnen die Hessische Fahne zu entreißen, mit Waffen aller Art. Bald ist der Kampf allgemein, die Großenlindner ohne Waffen natürlich im Nachtheile. Es sind sehr schwere Verwundungen vorgefallen, ein Schuß mit Schrot, Hiebe in den Kopf mit Aertzen etc. Bald ertönte die Sturmglöck in mehreren Dörfern, aber die Ankommenden, namentlich die braven Preußen, konnten nicht einschreiten, weil sie die streitenden Parteien nicht kannten. Der Fanatismus der Rote in Leihgestern war so groß, daß Weiber fortwährend Steine zutrugten. Abends 11 Uhr noch ging der Landrichter mit Aertzen eilig nach dem Schauplatz des Kampfes. Die Untersuchung wird das Nähere ergeben. Es ist offener Landesfriedensbruch und nun zu erwarten, daß die Regierung und die Gerichte energisch einschreiten werden. (D.-P.-N.-Z.)

Gießen, 18. Juli. In der Nacht vom vorigen Sonntag auf den Montag hat in dem benachbarten Wiesfeld eine Rote Wisewichter das Haus des Bürgermeisters fast gänzlich demolirt, den Bürgermeister selbst, seine Verwandte und einige Wohlgestunte, die ihm beistehen wollten, schmächtig gemißhandelt, so daß sie, arg geschlagen, fliehen und im kläglichen Zustande die Nacht im Kornfelde zubringen mußten. Es soll dem Manne nichts zur Last fallen, seine Wohlhabenheit nur den Verdacht gereizt haben, daß er als Bürgermeister sich bereichere. Schwer, schwer ist die Verantwortung der zweiten Kammer in Darmstadt, die mit 20 Stimmen gegen 19 das Gesetz, zum Erstaunen des ganzen Landes, abgelehnt hat, daß jede Gemeinde in dieser aufgeregten Zeit für Beschädigung von Person und Eigenthum haften müsse. Die Unzufriedenheit der Wohlgesinnten mit jener Haltung der Kammer ist darum allgemein. (Nachn. Ztg.)

Wiesbaden, 18. Juli Abends. Seit heute Morgen keine weitere Ruhestörung. Eine Proklamation des Ministers verkündigt, daß das Einrücken der Reichstruppen (Oesterreich und Preußen aus der Bundesfestung Mainz) in unsere Stadt keinerlei Besorgniß erregen dürfte, indem die öffentliche Freiheit dadurch in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Wiederherstellung der Bürgerwehr soll unverzüglich vorgenommen werden. Heute Nachmittag hatte unsere Stadt den Anblick eines kleinen Heerlagers. Truppen kampirten auf den Plätzen und Kanonen waren an einigen Punkten aufgestellt. Man erwartet den baldigen Wiederabmarsch dieser militairischen Gäste, deren Benehmen in jeder Beziehung musterhaft ist.

Frankfurt, 18. Juli. Im Nassauischen sieht es ziemlich wüst aus. Bisher war wenigstens die Sicherheit des Eigenthums (Jagd und Forsten abgerechnet) und der Personen ziemlich unangefastet. Heute aber wurde im Taunusgebirge der von Köln kommende Postwagen von vier bewaffneten Männern angefallen und eines Theils seiner Ladung, einer großen Geldsendung an Rothschild, beraubt; man sagt 6000 Thlr. (Br. Z.)

Bremen, 15. Juli. Heute morgen hat das amerikanische Postdampfboot „Hermann“, Kapitain Crabtree, die Weser verlassen, um mit einer vollen Fracht und mit mehr als 100 Passagieren über Southampton nach Newyork zurückzukehren. Der Aufenthalt des „Hermann“ auf der Weser hat die durch den Krieg herbeigeführte Stille des Stromes etwas unterbrochen; namentlich in den letzten Tagen führten die Dampfböte Hunderte und aber Hunderte nach Bremerhaven hinunter, welche dem „Hermann“ ihren Besuch abstatteten, dessen Schönheit und innere Eleganz alle mit Anerkennung und Lob erfüllte.

Alpenrabe, 20. Juli. Heute ist eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf drei Tage, also bis zum 23. d. Mts., vereinbart worden. Auch heißt es, daß eine abermalige Verlängerung des Waffenstillstandes auf drei Tage stattfinden soll, wenn bis zum 23 nichts entschieden ist. (B. H.)

Oesterreich.

Wien, 20. Juli. Die Nachrichten aus Innsbruck vom 15. d. M. lauten in Bezug auf das Befinden Ihrer Majestäten sehr beruhigend. (Wien. Z.)

Wien, 20. Juli. Die Baronin Brandhof, Gemahlin des Erzherzogs Johann, welche gegenwärtig häufig Erzherzogin genannt wird, ward bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof von Hegendorfer von der Nationalgarde zu Fuß und zu Pferde feierlich empfangen und lauter Jubel scholl ihr tausendfach entgegen. Der Erzherzog sprach die bedeutsamen Worte: „Man ist der Bürgerin doch ihr Recht widerfahren!“ Sie stieg vorerst in Schönbrunn ab und bewohnte dort einen Gartenpavillon an der Straße gegen Hieging, später soll sie in die Hofburg ziehen. — Seit gestern findet im Gemeindefaule der Leopoldstadt bei klingendem Spiele eine Werbung für Italien statt. Graf Widenburg, Gouverneur von Steiermark, läßt drei Bataillone freiwilliger Jäger errichten, zusammen 3600 Mann, die ein ehemaliger Offizier, Graf Lützow, befehligt wird, und wie man sagt, soll Erzherzog Johann selbst, der den Krieg in der Lombardei mit Energie betrieben wissen will, hinter dieser Angelegenheit stehen und die Geldmittel dazu liefern. Jeder Mann erhält 3 Fl. Handgeld, 6 Kr. Löhnung sammt Brod und Theuerungsbeitrag, nebst Waffen und Kleidung; gestern ließen sich 400 Mann anwerben, die sogleich nach Grätz geschickt wurden, und heute stellten sich 1000 Mann, überhaupt regt sich aller Orten ein kriegerischer und abentheuerlicher Geist, der nach Thaten dürstet. — Großes Aufsehen erregt die heimliche Flucht der Nonne Ferdinandi Persti aus dem Ordenshause der Elisabethiner, die von dem Frei-

heitsodem, der die Außenwelt mächtig durchzieht, ergriffen, die Fesseln des ewigen Gelübbes von sich streifte und ins Getümmel der Welt stürzte, die sie vor 10 Jahren verlassen hatte. Man wird die Sache wahrscheinlich ruhen lassen, und da ihr Beispiel ohne Zweifel Nachahmung finden dürfte, so scheint die Klosterfrage bezüglich der ewigen Gelübbe auf diesem Wege praktisch gelöst zu werden, um so mehr, als auch der Orden der grauen Schwestern kein ewiges Gelübbe kennt und nur zeitliche Verbindlichkeiten übernimmt. (Schles. Ztg.)

Wien, 21. Juli. Das Ministerium des Innern hat gestern auf telegraphischem Wege aus Prag vom 20. Juli die Nachricht erhalten, daß der Prinz Karl Albert, Sohn ihrer Kaiserl. Hoheit der Erzherzogin Hildegard, am 19. Abends sieben Uhr an den Blattern gestorben ist. — Der Belagerungszustand in Prag war am 20. aufgehoben worden. (St.-N.)

— An der Börse war die Nachricht verbreitet, daß auch von Seiten Ungarns ein Verbot der Geldausfuhr erlassen werden solle, und daß der ungarische Finanzminister eine Lotterie-Anleihe von vorläufig 10 Millionen Gulden zu eröffnen beschloßen habe. Sein Antrag zur Aufnahme einer Anleihe von 42 Millionen war bekanntlich schon früher mit großer Majorität angenommen worden.

Karlowitz, 10. Juli. Den 7. d. M. bemächtigte sich die Serbische Nationalwache auf der Donau eines Schiffes, welches den magyarischen Freischaren Getreide bringen sollte. Unter dem Getreide fand man 8 Kanonenräder, 2 12pfündige Kanonen und vier Kisten Munition, welche Hrabowsky nach Bekerel überschicken wollte. — In dem Serbischen Lager bei Jurak sind 4 magyarische Espione gefangen genommen worden, unter ihnen befindet sich der Graf Szecsen. General Hrabowsky wollte durch Drohungen ihre Freilassung vom National-Comitee in Karlowitz erzwingen, erhielt aber zur Antwort, daß außer gegen Austausch aller in Pests, Kiskinda, Peterwarden etc. gehaltenen Serben keine Rede von einer Freilassung sein kann.

Triest, 17. Juli. Von Konstantinopel erhalten wir die Nachricht, daß die Pforte eine Flotte auslaufen läßt, um der Piraterie, die jetzt in den türkischen Gewässern ihr Wesen treibt, ein Ziel zu setzen. Sie hat die kaiserl. österreichische Internunciatur zu Konstantinopel eingeladen, ihr bei diesem Unternehmen behüßlich zu sein, und die letztere hat dem Wunsche dadurch entsprochen, daß sie die Konsulate zu Smyrna, Salonichi, Beirut u. s. w. aufgefordert hat, die Flotte bei vorkommenden Fällen kräftig zu unterstützen. (D. N. Z.)

Von der Etzsch, 14. Juli. Die Kriegesfurie in Italien ist wie verstummt; die Heere stehen untätig einander gegenüber. Seit ein Paar Tagen erzählt man sich, König Karl Albert sei in der Stille nach Turin gegangen, und wenn die angegebene Ursache richtig ist, so handelt es sich um schnelle Maßregeln, die Ruhe in der Piemontesischen Hauptstadt herzustellen. Nach der Aussage eines von Verona kommenden Reisenden nähern sich täglich unbewaffnete Piemontesische Soldaten unsern Vorposten und bitten um Brod. Zahlreiche Ueberläufer schildern die Stimmung der Offiziere und Soldaten im Lager der Feinde als eine sehr ungünstige. Unter diesen Umständen wünschen wir, daß die dem Feldmarschall Nadezky zugewiesenen Verstärkungen baldestens in Verona und am rechten Flügel, der sich an Südtirol lehnt, concentrirt werden, um der Kriegsfrage, die sich durch friedliche Verhandlung nicht beilegen ließ, durch entscheidende Operationen ein Ende zu machen. Durch's Pustertal sind aus Innerösterreich 11 Bataillone mit drei Geschützbatterien im Anmarsch. (D.-P.-N.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juli. Die „Berlingsche Zeitung“ weiß nichts weiter, als daß, möge der Waffenstillstand nun zu Stande kommen oder nicht, die Generale der Heere auf dem Kriegeschauplatz über eine Waffenruhe bis zum Mittwoch übereingekommen seien. (B. H.)

— Die Berlingsche Zeitung von heute schreibt in einem leitenden Artikel: „Die Situation ist jetzt so: Dänemark hat, um den Großmächten, und namentlich auch unserem Allirten, dem König von Schweden und Norwegen, sich fügsam zu zeigen, in den Abschluß eines Waffenstillstandes eingewilligt, unter Bedingungen, wie solche von den Mächten vorgeschlagen waren, doch ohne daß jene auf den endlichen Friedensschluß einwirken sollen. Die Centralgewalt hat die zum letztenmale zu einem Vergleich gereichte Hand nicht genommen, sie hat den Vorschlag vermittelnder Mächte zurückgewiesen. Wie England und Rußland diese Kränkung aufnehmen werden, ist nicht leicht vorher zu wissen, jedenfalls kann der Umstand nicht beitragen, die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland zu erhöhen. Aber König Oscar hat nun, nach dem Wunsche des Reichstages und des Stortings, alles gethan, was in seiner Macht stand, um die Leiden eines Krieges abzuwenden. Seine Feinde selbst müssen einräumen, daß er ein ehrlicher, offener und rechtschaffener Charakter und wie einem gegebenen Worte untreu geworden ist. Er hat sich auf unsere Seite gestellt, während die Unterhandlungen dauerten, er wird uns in der Stunde der Noth nicht verlassen. Sobald Wrangel über die Königsau geht, wird es gewiß nicht viele Stunden dauern, ehe wir erfahren, daß das kampfbegierige Schwedisch-Norwegische Heer Ordre erhalten hat, vereint mit den Dänischen Brüdern den entscheidenden Schlag für die Erhaltung der nordischen Marken zu führen — ja dieser Befehl mag vielleicht schon ausgefertigt liegen.“

Frankreich.

Paris, 19. Juli. Die Vereinigung zahlreicher militairischer Streitkräfte von Seite Preußens längs der Französischen Grenze soll in der jüngsten Zeit zu diplomatischen Vorstellungen Anlaß gegeben haben. Auf die Nachricht, daß sich dieselben von diesem Punkte theilweise zurückziehen, hat auch Frankreich eine Verminderung der Truppen in dem Moseldepartement angeordnet. Auch das Alpenheer hat durch die letzten Truppenbewegungen nach Paris und Lyon eine bedeutende Minderung erhalten. Die Rahmen desselben bestehen zwar nach wie vor, doch zweifelt man, daß vorerhand die Concentrirung desselben in dem Maße wieder stattfinden würde, wie das in den jüngsten Monaten der Fall war. Ob die Politik der jetzigen Verwaltung in Bezug auf die Italienischen Angelegenheiten ganz mit der Lamartine's und des vorigen Cabinets übereinstimmt, wird in sonst wohlunterrichteten Kreisen bezweifelt. Jedenfalls haben die blutigen Tage in Paris den Plan auf eine bewaffnete Dazwischenkunft in Italien bedeutend modificirt. Einer größeren Vereinigung von Flüchtlingen bei uns widersehen sich fortwährend Maßregeln unserer Behörden so wie Weisungen aus Paris. Man ist von allen Seiten bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen mit Deutschland aufrecht zu erhalten und dieselben unter keinem Vorwande stören zu lassen.

Der Belagerungszustand geht allmählig zu Ende. Mit Ausnahme der Nationalversammlung, der Tuilerien und der Höhen von Montmartre, so wie einiger anderer Punkte, sind wir militärisch frei. Die Theater werden wieder geöffnet und der breite Weg in den elysäischen Feldern füllt sich wieder mit Lustwandelnden.

Die vier Militär-Kommissionen sind heute zusammengetreten. Die Beschlüsse der Kommissionen werden kriegsrechtlich nach Majorität der Stimmen gefasst. Sie haben heute bereits die Freilassung vieler Gefangenen entschieden, auch Transportations-Urtheile gefällt und mehre Angeklagte vor die Kriegsgerichte verwiesen, die zu transportirenden werden vorläufig in Militairgefängnis von St. Germain untergebracht. Hr. Cormenin hat auch Vincennes besucht. Barbes, Albert und Sobrier sind sehr ruhig und erwarten eine Amnestie. Raspail ist in einem Zustande von Aufregung, die an Wahnsinn gränzt. Blanqui spricht mit Niemandem.

Strasburg, 18. Juli. Gestern Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr fand hier ein Arbeitertrawall statt. Etwa 300 Arbeiter rückten vor die Mairie und verlangten Geld oder Arbeit. Es wurde Generalmarsch geschlagen, das Militair und ein Theil der Nationalgarde rückte aus. Sechs der Räbelsführer wurden verhaftet, die andern auseinander getrieben. Man traf Vorsichtsmaßregeln durch Aufstellung von Truppen und Schließung der Citadelle und mehrerer Thore der Stadt. Der Abend und die Nacht sind ohne weitere Störung der Ruhe verlaufen. (Karlsru. Z.)

Italien.

Neapel, 11. Juli. Die Berichte aus Calabrien sind viel friedlicher geworden, der furchtbare Zustand der ganzen südlichen Hälfte des Königreichs, die Vernichtung ganzer Truppen-Corps und dergleichen Dinge schwinden in nichts zusammen, seitdem die Wiederherstellung des Postenlaufs von Reggio bis hierher sowie auch die Telegraphenlinie, beide nun seit drei Tagen wieder im Gange, den Beweis liefern, daß die Königl. Truppen des Landes Herr und Meister sind; es stellt sich jetzt heraus, daß Grundbesitzer und überhaupt alle Wohlhabenden nichts mit dem bewaffneten Aufstande zu thun hatten, daß die provisorischen Comitari überall nur durch kleine Haufen Bewaffneter sich hielten, und daß die herübergekommenen Sicilier hauptsächlich das Feuer schürten. Jetzt, nachdem die Truppen endlich angefangen, heftig vorzudringen, stäubt Alles auseinander: Cosenza, der Sitz der Revolutions-Regierung, ist von dieser verlassen, die sicilianischen „Hülfsstruppen“ scheinen in Eile wieder über die Meerenge hinübergesetzt zu sein, und Messina beherbergt schon manche der calabresischen Räbelsführer. Damit verschwinden denn auch die Gelüste zum Anschluß in mehreren Nachbarprovinzen, wie Bari, Lecce &c. (S. M.)

Spanien.

Madrid, 14. Juli. Die Gaceta meldet, daß der General Ortigosa am 12. in Navarra den dortigen Karlisten eine Niederlage zufügte, in welcher letztere 10 Tode und 5 Gefangene verloren, und daß am 12. 34 geflüchtete Karlisten in Bayonne eingebracht wurden.

Am 9. wurden in Estella (Navarra), obgleich es Sonntag war, 6 gefangene karlistische Offiziere auf Befehl des General-Kapitans Villalonga eine Stunde nach ihrer Gefangennehmung erschossen. Diese Offiziere hatten kurz zuvor 8 Gendarmen, die in ihre Hände gefallen waren, mit Lebensmitteln versehen und in Freiheit gesetzt. „Diese Hinrichtung,“ sagt der Clamor publico, „hat einige mit Befürzung, Alle mit Unwillen erfüllt. Man befürchtet blutige Repressalien.“ Der Heraldos sagt: „Unsere Regierung erheißt ganz Europa Rektionen, die es nicht von der Halbinsel erwartete.“ Dagegen hat die Königin einen Zollsoldaten, der einen seiner Kameraden muthwillig ermordete, begnadigt.

Großbritannien.

London, 19. Juli. Der Zustand der Dinge in Irland wird immer bedenklicher und zwar in dem Maße, daß, wie das Morning Chronicle heute in einer zweiten Auflage meldet, der Geheimrath in Dublin sich gestern veranlaßt gesehen hat, abermals sieben Bezirke des Landes, unter denen die bedeutendsten Städte in dem südlichen Theile Irlands, nämlich Dublin selbst, Waterford, Cork und Drogheda unter das Ausnahme-gesetz zu stellen. In Waterford und einigen andern Orten sollen ernsthafte Unruhen in Aussicht stehen und in Carrick ou Snir ist ein des Aufruhrversuchs angeklagter katholischer Priester, Namens Byrne, mit Gewalt vom Volke aus dem Gefängnisse befreit worden, ohne daß die Behörden Widerstand zu leisten vermochten. Der gegen Caution freigegebene Hr. Doherty und Hr. Meagher durchziehen die Graffschaften Waterford, Cork, Tipperary und Wexford, um große Processionen zu veranstalten und die Clubs zu organisiren. Sie fordern das Volk auf, fest und furchtlos zu sein, die Zeit sei da und allgemein heißt es nun, daß die Repealer nach der Erndtzeit loszuschlagen gedenken. Dem Lord-Lieutenant gehen von vielen Seiten Aufforderungen zu, gegen die Clubs mit Energie aufzutreten und sich nöthigenfalls mit ausgebehnter Vollmacht vom Parlamente versehen zu lassen.

Die Times äußert sich in einem Artikel über den Einmarsch der Russen in die Donauländer: „Es ist dies der erste Schritt des Cabinettes von St. Petersburg zum Patronat über die slavischen Provinzen an der Donau, und da diese Länder die untern Theile und die Mündung des herrlichen Stromes beherrschen, welcher durch ganz Süddeutschland fließt und die innere Schifffahrt Ungarns mit dem Schwarzen Meere verbindet, so ist dies eine höchst wichtige Lebensfrage für Deutschland und Ungarn.“

Moldau und Wallachei.

Bucharest, 8. Juli. Die hiesige provisorische Regierung befindet sich in einiger Verlegenheit, da alle größeren Boyaren-Familien die Wallachei verlassen haben und nur wenige Persönlichkeiten von einiger Bedeutung zurückgeblieben sind. Sie beabsichtigt daher durch Verweigerung von Pässen ins Ausland, auch diese noch zurückzuhalten und zur Unterzeichnung einer Adresse an den Kaiser von Rußland zu vermögen, welche zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt werden soll. In dieser Adresse beruft man sich auf ein in den ältesten Zeiten beständenes Recht, die inneren Angelegenheiten des Landes selbst zu regeln, bezeichnet die letzte Revolution als aus dem Volkswillen, dem der Druck unerträglich geworden, hervorgegangen und erbittet von der Großmuth des Caaren die Anerkennung des Vorgefallenen, ruft aber im entgegengesetzten Falle den Schutz und die Hilfe von ganz Europa an. Auch wurde ein förmlicher Protest gegen das Einrücken russischer Truppen an den russischen Consul geschickt. (B. Z.)

Städtisches.

Die Sitzung der Stadtverordneten am 25ten d. M. fällt aus, da nur einige und nicht dringende Sachen vorliegen. Heffenland.

Getreide-Vericht.

Berlin, 22. Juni.

Am heutigen Markt waren die Preise:

Weizen, 45 — 50 Thlr.
 Roggen, in loco 24 bis 27 Thlr., pr. Juli — Aug. 24 Thlr. pr. Aug. — Sept. 24½ Thlr. begeben, pr. Sept. — Okt. 25½ — 25 Thlr.
 Hafer, 48 — 52 Pfd. 16 — 18 Thlr.
 Gerste, große 24 — 22 Thlr., kleine 22 — 21 Thlr.
 Rübsen, 64 Thlr. zuletzt demacht.
 Kübel in loco 10½ — 10¼ Thlr., pr. Juli — August 10½ — 10¼ Thlr., pr. August — Sept. 10¾ — 10½ Thlr. bezahlt, pr. Sept. bis Okt. 10½ — 10¼ Thlr. bez., pr. Okt. — Nov. 11 — 10¾, a ¾ Thlr., bez., Nov. — Decembr. 11 bis 10¾ Thlr. viel Geld.
 Spiritus, in loco 17 Thlr. ohne Faß, 16½ mit Faß bez., Juli — Sept. 16¼ Thlr. Dr. pr. Sept. — Okt. 16½ Thlr. Dr.
 Breslau, 22. Juli.

Weizen, weißer 54, 58 bis 62 Sgr., gelber desgl. 53, 57 bis 61 Sgr.
 Roggen, 30, 33 bis 36 Sgr.
 Gerste 24, 26 bis 28 Sgr. Hafer, 19, 21 — 22 Sgr.
 Kapps, 68 — 73 Sgr. Winter-Risp, 69½ Sgr.
 Leesaat, Kleinigkeit in Mittelwaare a 6½ Thlr. bezahlt.
 Spiritus, 8½ Thlr. Dr. ohne Handel.
 Kübel, 9½ Thlr. in loco Geld, pr. Sept. und Okt. 10 Thlr.
 Stettin, 22. Juli.
 Roggen, in loco ziemlich unverändert; 87 — 88 Pfd. Waare auf 26 Thlr. gehalten, 25½ — 25¼ Thlr. wohl zu machen, auf Lieferung flauer, 82 Pfd. per Sept. — Okt. 25 — 25¼ Thlr. bezahlt und Brief.
 Spiritus, aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Fässer 20¾ — 20½ %, mit Fässern 22 % bez. Termine ohne Geschäft.
 Kübel, in loco auf 9½ Thlr. gehalten, mit Fässern 10¼ Thlr., bez., pr. Sept. — Okt. 10¾ — 10½ Thlr.

Berliner Börse vom 22. Juli.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zt	Brief.	Geld.	Gem.	Zt	Brief.	Geld.	Gem.
St. Schuld-Sch.	3½	73¾	73¾		Kar-u. Nm. Pfdb.	3½	—	91¾
Seck. Präm. Sch.	—	88½	87¾		Schles. do.	3½	—	a93
K. u. Nm. Schuld.	3½	71	70½		do. Lt. B. gar do.	3½	—	80
Berl. Stadt-Ob.	3½	—	70		Pr. Bk.-Anrh. Sch.	—	87	86
Westpr. Pfandbr.	3½	77	76½					
Grosch. Posen do.	4	—	91		Friedrichsd'or.	—	137½	137½
do do.	3½	77½	77		And. Gldp. a. 5th.	—	13	12½
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	84½		Disconto.	—	3½	4½
Pomm. do.	3½	—	91					

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdb.	4	—	86¾
do bei Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	—	72½ 73
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	4	—	86
do. Stiegl. 2. 1. A.	4	—	79½		Hamb. Feuer-Cas.	3½	—	—
do. do 5. A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Rtsch. Let.	5	98¾	8%		Holl. 2½ 9/10 Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz U.	4	60	59½		Kurb. Pr. O. 40th.	—	—	—
do. do. Cert. L. A.	5	63½	62½		Sardin. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	11		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—
Pol. Pfdb. a. a. C.	4	—	86¾					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinssatz	Reinertr.	Tages-Cours	Priorit. Actien	Zinssatz	Tages-Cours
Berl. Anh. Lit. A. B.	4 7/8	87	a ¼ bz.	Berlin-Anhalt . . .	4 1/8	81½ bz. u. G.
do. Hamburg	4 2/4	60 1/2	61 1/2 bz. u. G.	do. Hamburg . . .	4 1/8	88 1/2 G.
do. Stettin-Stargard	4	68	66 bz. u. G.	do. Potsd.-Magd.	4	74 1/2 a 75 bz. u. G.
do. Potsd.-Magdebg.	4	44	43 B.	do. do.	4	80 G.
Magd.-Halberstadt	4	79	80 1/2 G.	Magdb.-Leipzig	4	—
do. Leipziger . . .	4	15	—	Halle-Thüringer . . .	4	80 1/2 bz. u. B.
Halle-Thüringer . . .	4	50	a 1/2 bz.	Cöln-Minden	4 1/2	88 B. 87 1/2 G.
Cöln-Minden	3 1/2	77	a 7/8 bz.	Rhein. v. Staat gar. . .	3 1/2	—
do. Aachen	4	56 1/2	bz. u. G.	do. I Priorität . . .	4	—
Bonn-Cöln	4	—	—	do. Stamm-Prior.	4	69 bz.
Düsseld.-Elberfeld	4	66	G.	Düsseld.-Elberfeld . .	4	80 1/2 bz.
Steele-Vohwinkel . .	4	33	bz.	Niedersch.-Märkisch.	4	80 1/2 bz.
Niedersch. Märkisch	3 1/2	69	a 1/2 bz.	do. do.	4	—
do. Zweigbahn	4	—	—	do. III. Serie . . .	4	88 G.
Oberschles. Litr. A.	3 1/2	68 1/2	a 85 1/2 bz. u. G.	do. Zweigbahn . . .	4 1/2	—
do. Litr. B.	3 1/2	65	a 1/2 bz. u. G.	do. do.	4	570 G.
Cosel-Oderberg . . .	4	—	—	Oberschlesische . . .	4	—
Breslau-Freiburg . .	4	5	—	Cosel-Oderberg . . .	5	—
Krakau-Oberschles. .	4	37 1/2	a 38 1/2 bz.	Steele-Vohwinkel . .	5	—
Bergisch-Märkische	4	60 1/2	bz.	Breslau-Freiburg . .	4	—
Stargard-Posen . . .	4	96	66 1/2 bz.			
Quittungs-Bogen.				Ausl. Stamm-Actien.		
Berlin. Anhalt. Lit. B.	4	90	84 1/2 bz.	Dresden-Görlitz . . .	4	—
Brieg-Neisse	4	90	—	Leipzig-Dresden . . .	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	46 1/2 a 47 1/2 bz. u. G.	Chemnitz-Riesa . . .	4	—
Aachen-Mastricht . .	4	30	—	Sächsisch Bayerische	4	79 1/2 bz.
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Kiel-Altona,	4	88 1/2 G.
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Amsterdam-Rottterdam	4	—
Ludw.-Borbach 24 Fl.	4	90	—	Mecklenburger . . .	4	—
Pesther 26 Fl.	4	80	—			
Fried.-Wilh. - Nordb.	4	85	41 1/2 a 42 1/2 bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Comp.

Monat Juli.	7 Ubr.	Morgens 6 Ubr.	Mittags 2 Ubr.	Abends 10 Ubr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reducirt.	22.	336,70	335,28	336,70
	23.	337,66	337,00	337,12
Thermometer nach Réaumur.	22.	+ 10,6°	+ 20,8°	+ 14,3°
	23.	+ 13,0°	+ 23,0°	+ 15,2°

Beilage.